

Massive Netz-Überlastung droht Erste Stadt schlägt Strom-Alarm!

Brandenburg gibt es zwar viele Windräder – doch genau dort befindet sich die erste Stadt in Deutschland, die zu drastischen Mitteln in der Stromversorgung greifen muss

15.04.2024 - 20:49 Uhr

So hat sich das Robert Habeck (54, Grüne) mit seiner Energiewende sicher nicht vorgestellt ...

Die erste deutsche Stadt ruft den Wärmepumpen-Notstand aus!

In Oranienburg (50 000 Einwohner) nördlich von Berlin wollen die Stadtwerke keine neuen Wärmepumpen und E-Auto-Ladesäulen mehr ans Stromnetz anschließen. Begründung: Dem Netz droht sonst der Kollaps!

Neuanmeldungen oder Leistungserhöhungen von Hausanschlüssen werden nicht mehr genehmigt.

Oranienburg teilt dazu auf der eigenen Homepage mit: Die Stadt habe der Bundesnetzagentur (untersteht dem Wirtschaftsminister) mitgeteilt, dass im „Hochspannungsstromnetz keine ausreichende Leistung mehr zur Verfügung steht, um weitere Haushalte oder gar Unternehmen zu versorgen“.

Im Klartext: Überlastung droht!

Die Versorgungsmöglichkeiten in Oranienburg seien ausgeschöpft, so Stadtwerke-Chef Peter Grabowsky. Laut „Focus Online“ können auch neue Gewerbegebiete nicht mehr angeschlossen und mit Strom beliefert werden.

Laut Habeck-Sprecher hat Oranienburg das Stromnetz zu langsam ausgebaut: „Gerade bei stark wachsenden Städten muss der Netzausbau vor Ort mitgeplant werden.“ Die erforderlichen Entscheidungen seien zu spät getroffen worden.

► Stadtwerke-Chef Grabowsky hält in BILD dagegen: „Grund für den erhöhten Strombedarf in der wachsenden Stadt Oranienburg ist die gute wirtschaftliche Entwicklung der Stadt, der Zuzug von Neubürgern nach Oranienburg sowie der verstärkte Einbau von Wärmepumpen und Ladeinfrastruktur für Elektromobilität.“
Seine Kritik an der Regierung: „Viele bundesgesetzliche Regelungen sind jedoch erst in den vergangenen Monaten beschlossen und in Kraft gesetzt worden.“

FDP schlägt Alarm: „Oranienburg ist erst der Anfang“

► Habecks Koalitionspartner FDP sieht das wie der Stadtwerke-Chef. Energieexperte Michael Kruse (40) alarmiert zu BILD: „Wenn Habeck Anzahl und Qualität der Gesetze nicht an der Realität der kommunalen Unternehmen orientiert, ist Oranienburg erst der Anfang. Im Wochenrhythmus neue Gesetze aus Berlin, die keiner umsetzt: Das schadet mehr, als es hilft.“

CDU/CSU fürchten bereits negative Folgen für die Wirtschaft!

► Fraktionsvize Andreas Jung (48) zu BILD: „Die Energiewende darf nicht zu Ansiedlungsstopp und Strombremsen führen. Wir brauchen Energiesicherheit für alle

und überall. Die Weiterentwicklung von Kommunen und die Stromversorgung von Haushalten und Betrieben muss zu jedem Zeitpunkt gesichert werden.“

Die Ampel wolle möglichst viel auf Strom umstellen, aber anstelle der dafür nötigen integrierten Energieplanung gebe es viel Stückwerk.

Die Bundesnetzagentur prüft jetzt, ob die Beteiligten ihrer gesetzlichen Verpflichtung „zur vorausschauenden Planung und zum bedarfsgerechten Netzausbau“ nachgekommen sind.

.....
Anmerkung: Ja so wollen es die Politiker, vielen Dank!

Firmen wandern ab, weil die Energie nicht da ist, dank Politiker aus Berlin. Es ist der Anfang vom Ende, wird so weitergehen.

Völlige Fehlpolitik in der BRD, Note 5 plus